BER-aktuell

BOSCH Werk Bamberg / Ausgabe 4 27. September 2010

Der Bamberger Betriebsrat.

Eine starke Gemeinschaft mit einer starker Gewerkschaft.



Betriebsrat

Informationen im September

♦ AG1 Geschäftsführung Überblick Wirtschaftslage

Die Krise scheint für BOSCH so schneller vorbei zu sein, wie sie gekommen ist. Nachdem das "BIP-Wachstum" (BIP = Brutto Inland Produkt) weltweit in 2009 um 1,8% gesunken ist, wird für 2010 ein Wachstum von 3,2% und für 2011 von 3,3% prognostiziert. In Europa fällt das Wachstum allerdings etwas geringer aus. Davon profitiert natürlich auch BOSCH. Für 2010 wird wieder ein Umsatz von ca. 46 Mrd. Euro erwartet, die Rendite auf 6,5 – 7,0% geschätzt.



In den nächsten Jahren wird ein weiteres Wachstum im Automobilmarkt erwartet. Wurden 2007 noch 72,8 Mio. Stück gebaut, so werden für 2010 74 Mio. Fahrzeuge prognostiziert. Allerdings verschieben sich die Märkte deutlich. Der Anteil Europas schrumpft von 31% in 2007 auf 25% in 2010. dafür legt der asiatische Raum 10% zu und wird dann auf einen Anteil von 52% kommen. Das spiegelt sich auch am Mitarbeiterstand bei BOSCH. Gegenüber dem Vorjahr sind wir in Deutschland 1% weniger Mitarbeiter/innen, der Anteil außerhalb Deutschlands legte dafür um 2,9% zu.

Bamberger Werk

Die Auftrags- und Beschäftigungslage war auch Thema auf der WBS (Werkleitung – Betriebsrat – Sitzung) vom 17. 09.2010. Danach ist das Bamberger



Werk in praktischen allen Erzeugnisbereichen gut ausgelastet. Gegenüber dem Wirtschaftsplan (WiPI) 2010 sind die Abrufzahlen deutlich gestiegen. Bei der Zündkerze um 10% auf jetzt knapp 116 Mio. Stück. Der gesamte EV-Bereich liegt 15%, der Bereich HDEV 1-5 32% über dem WiPl. Die Zahlen im DS sind ähnlich erfreulich. Der gesamte CRI-Bereich (CRI1/2/3) liegt gut 24% über dem WiPl. Die Düse und das Düsenmodul gemeinsam liegen 42% über den geplanten Stückzahlen von 2010. Auch der Aktor kann mit einem Plus von 13% aufwarten.

Projekt Sparta

In das Projekt, was die
Zündkerzenfertigung weltweit bei
BOSCH neu ausrichten soll, ist
wieder Bewegung gekommen. Der
Forderung des BER, der
Zündkerzenfertigung in Bamberg
eine Perspektive zu geben und eine
Mindestauslastung zu garantieren,
wurde jetzt Rechnung getragen. Für
die nächsten vier Jahre sollen im
WiPl der Zündkerze 115 Mio. Stück
hinterlegt werden. Wenn die
endgültige Zusage erfolgt ist, wird der
BER auch wieder in dem Projekt
mitarbeiten.

Projekt Kairos

Vom Beschluss der Geschäftsleitung den Einkauf zu zentralisieren sind im Bamberger Werk 50 -55 Kollegen/innen betroffen. Der Betriebsrat lehnt die Pläne ab. Sie bedeuten eine Schwächung des Standorts Bamberg. In Zeiten moderner Datenverarbeitung und Telekommunikation ist es darüber hinaus nicht einzusehen, warum man Abteilungen zentralisieren muss. Dazu wird ein Spitzengespräch mit den Geschäftsführern G4 Bernd Bohr und G13 Wolfgang Malchow stattfinden.

♦AG2 Personal

Personal

Die deutlich gestiegenen Abrufzahlen haben natürlich auch Auswirkungen auf unsere Beschäftigung. Ohne Ferienbeschäftigung und befristet Beschäftigte wäre dies nicht zu bewältigen. Deshalb wurden die Befristungen auf Ende Februar 2011 bzw. Ende Mai 2011 verlängert.

<u>Altersteilzeit</u>

Zu der Informationsveranstaltung Alterteilzeit kamen ca. 250 Kollegen/innen, die sich über die Modalitäten der ATZ informiert haben. Aktuell laufen die Berechnungen der eingegangenen Anträge.

⇒ Die Betriebsvereinbarungen dazu im BGN /Intranet auf den Seiten des BER unter BER – Organisation -BaP/BER-Arbeitsgruppen - BAP/BER AG2 - Personal

BaP/BER-aktuell 1

BER-aktuell Ausgabe 4 | 27.09.2010

♦ AG5 Datenverarbeitung Windows7

Die geplante Einführung des Betriebssystems Windows 7 wurde verschoben. Aktuell werden über 3000 Softwareanwendungen auf Kompatibilität geprüft.

♦ AG8 Bauten und Umweltschutz Dachsanierung Kantine WT4

Der Bau 410 (Kantine) im Werkteil 4 ist in die Jahre gekommen. Undichtigkeiten am Dach und anderen Bereichen des Gebäudes machen eine Generalsanierung notwendig. Dazu zählen auch die Glasflächen, die durch energetisch bessere Varianten ausgetauscht werden. Ein besserer Wärmeschutz durch neue Markisen ist ebenfalls vorgesehen. Weiter soll die Bestuhlung im Außenbereich (Terrasse) aufgewertet werden. Der BER machte darauf aufmerksam, dass auch der Küchen- und Ausgabebereich nicht mehr das Sparpaket der Bundesregierung. den Erfordernissen entspricht und entsprechende Verbesserungen eingefordert.

Rauchverbot im BaP

Seitens der Werkleitung wurde ein Antrag auf Rauchverbot an der BER gestellt. Die AG8 hat diesen Antrag geprüft und ihn mit entsprechenden Hinweisen wieder an die Werkleitung zurück verwiesen. Das beantragte Rauchverbot im Freien wird vom BER abgelehnt. Das Rauchverbot in Durchgängen, Treppenhäusern und Toiletten wird der BER mittragen, wenn entsprechende Maßnahmen, u.a. Ausbau der Raucherräume, umgesetzt werden. Eine entsprechende Liste mit Maßnahmen wurde der Werkleitung übergeben.

♦ AG9 Sozialbereich

Im Bau 402 (Parkplatzseite) und im Bau 408 (Mitte W 490 1.Stock) wird je ein Kaffeeautomat installiert. In der KW41/42 wird es eine Sonderaktion der Küche/Kantine geben. In diesem Zeitraum werden Wild- und Pilzgerichte angeboten.

Zwei Dreizimmerwohnungen sind wieder zu vermieten (Robert Bosch Strasse). Siehe auch Aushang (bis 30.09.2010). Bei einigen Brötchensorten gibt es eine Preiserhöhung. Die Sorten die bisher 40 Cent gekostet haben werden zum 1.10.2010 auf 45 Cent angehoben. Die Preise der Brötchen die bisher 20 und 50 Cent gekostet haben bleiben unverändert.

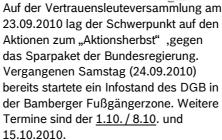
Schwerbehinderten-Vertretung (SBV)

Die Wahl zur Schwerbehindertenvertretung findet am 21. Oktober 2010 statt.



⇒ Weitere Informationen zur SBV im

Vertrauensleute



Am 28. September findet eine Delegiertenversammlung bzw. Funktionärskonferenz der IG Metall im Priesterseminar in Bamberg statt. Gastredner ist Jürgen Wechsler, Bezirksleiter der IG Metall Bayern. Am 16. Oktober gibt es die Gelegenheit auf einer Wallfahrt unter dem Motto "Arbeit ist Menschrecht - Kein Mensch ist überflüssig" mitzumachen. Der 20. Oktober gibt es eine weitere Konferenz, ebenfalls im Priesterseminar", mit dem Titel: "Deutschland in Schieflage". Hier wird Fritz Schösser, früherer DGB Chef in Bayern, in seiner Funktion als Mitglied im AOK Bundesvorstand die Fragen zum "Röslerplan" und die Antworten der Gewerkschaften darauf vorstellen. Höhepunkt der Aktivitäten gegen das Sparpaket der Bundesregierung wird die Großveranstaltung am 13. November 2010 in Nürnberg sein. Am Kornmarkt in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses findet die Hauptkundgebung statt. Ab Bamberg werden Busse fahren, die genauen Modalitäten werden noch

⇒ Weitere Informationen zu den

bekanntgegeben.

Gast auf der

Vertrauensleuteversammlung war Mathias Eckardt, seit 31.10.2009 DGB Vorsitzender in der Region Oberfranken West. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen lag auf der sogenannte "Gesundheitsreform" ,die mittlerweile von der Bundesregierung beschlossen wurde. Die Folgen für uns Arbeitnehmer sind gravierend. Künftige Kostensteigerung im Gesundheitswesen gehen einseitig zu Lasten der Beschäftigten. Die Hauptpunkte der "Reform" im Einzelnen:

Der Beitragssatz wird erhöht.

Ab 2011 soll der Beitragssatz (wieder) auf 15,5 Prozent angehoben werden. Die Versicherten zahlen dann 8,2 Prozent und die Arbeitgeber 7,3 Prozent.

Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren. Weitere Erhöhungen müssen die Arbeitgeber nicht fürchten, denn der Arbeitgeber-Beitrag wird ab 2011 dauerhaft auf dem Niveau von 7,3 Prozent eingefroren.

Zusatzbeiträge werden nach oben geöffnet.

Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens, wird sozial ausgeglichen (wie auch immer).

Mathias Eckardt wies noch einmal besonders auf die beiden Veranstaltungen am 20. Oktober im Priesterseminar und am 13. November in Nürnberg hin. Wenn wir uns jetzt nicht wehren, wann dann?

Wer nichts tut, dem wird getan!

oder auf deutsch:

Wer nichts tut. braucht sich anschließend nicht zu wundern!

2 BaP/BER-aktuell





Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft

Die Reform-Kommission aus DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und die in der Kommission vertretenen Arbeitnehmerorganisationen der Parteien warnt vor der Umsetzung der Pläne des

Bundesgesundheitsministeriums zur Einführung einer Kopfpauschale in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Das geplante "Einfrieren" der Arbeitgeberbeiträge bricht mit der mehr als 125 Jahre bewährten, gemeinsamen Verantwortung von Arbeitgebern und Beschäftigten für die Finanzierung und Steuerung der sozialen Krankenversicherung. Die Einführung der Kopfpauschale (kassenindividueller einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag), würde die schon bestehende Schieflage verschärfen und zu einer dauerhaft zunehmenden einseitigen Belastung der GKV-Versicherten führen. Selbst die Aussicht, dass die Krankenkassen in 2011 möglicherweise noch keine einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge einfordern müssen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kopfpauschale nach dem Willen des Bundesgesundheitsministeriums zum 01.01.2011 Gesetzeskraft erlangen soll.

1. Die solidarische GKV- Finanzierung hat sich bewährt. Um sie zukunftsfähig zu erhalten, sind sozial gerechte Reformen notwendig. Die Reform-Kommission stellt fest, dass die Pläne der Bundesregierung zur künftigen Finanzierung der GKV unausgewogen und sozial ungerecht sind.

ACHTUNG! RÖSLER WILL DIE KOPFPAUSCHALE DURCHBOXEN.

STOPPAUSCHALE DEIN KOPF ZÄHLT.

WWW.STOPPAUSCHALE.DE

- 2. Die Reform-Kommission ist der Auffassung, dass die Herstellung der vollen paritätischen Beitragsgestaltung in der GKV notwendig ist. Demnach sollen die Arbeitgeber ab dem 01.01.2011 wieder den gleichen Beitrag wie die GKV-Mitglieder leisten. Der 2005 eingeführte Arbeitnehmer-Sonderbeitrag ist weder wirtschafts- noch sozialpolitisch zu rechtfertigen.
- 3. Die Reform-Kommission lehnt die Pläne der Bundesregierung zur Einführung von einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen und zum Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge ab. In diesem Fall würden die Versicherten alle künftigen Kostensteigerungen tragen und würden Personen mit geringen Einkommen

überproportional belastet werden. Daher sind diese Pläne gesundheits- und gesellschaftspolitisch inakzeptabel.

- 4. Die Reform-Kommission schlägt vor, Zusatzbeiträge in der GKV ganz abzuschaffen und die Beitragsfinanzierung solidarisch auszubauen. Die bisherigen Erfahrungen mit Zusatzbeiträgen zeigen, dass einzig der Preiswettbewerb unter den Krankenkassen, nicht aber der Wettbewerb um die beste Versorgungsqualität gefördert wird.
- 5. Die Reform-Kommission fordert die Bundesregierung auf, die Probleme der privaten Krankenversicherungsunternehmen nicht zu Lasten der Solidargemeinschaft zu verschieben und die Finanzprobleme der GKV nicht zu verschärfen. Die Kommission kritisiert zum Beispiel die Absenkung der Zugangsfrist zu einer privaten Krankenvollversicherung von drei auf höchstens ein Jahr, die zu Einnahmeproblemen für die GKV sowie zu einer Subventionierung der PKV-Unternehmen führt.

Die Reform-Kommission "Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" wird im Herbst dieses Jahres mit wissenschaftlicher Unterstützung ein Gesamtkonzept für ein nachhaltiges Gesundheitssystem vorlegen.

Weiterlesen

Internetadressen zum weiterlesen, vertiefen, informieren.

nttp://www.dgb.de

Krankenkassenbeiträge: Arbeitnehmeranteil zum 1. Januar 2011



Impressum

Herausgeber

Betriebsrat der Robert Bosch GmbH Bamberg

Redaktion

Hanns Meier Melita Hassfurther

Tel: +49 (0)951 181 4281 Tel: +49 (0)951 181 1521

hanns.meier@de.bosch.com melita.hassfurther@de.bosch.com

Retrichera s Vortramendotte s Inconductrottuma s Berrichera s Vortramendotte s Inconductrottum s Berrichera s Vortramendotte s Vortramendotte s Inconductrottum s Berrichera s Vortramendotte s Inconductrottum s Berrichera s Vortramendotte s Inconductrottum s Berrichera s Vortramendotte s Vor

BaP/BER-aktuell 3